

# INHALT

Literaturverzeichnis	12
Abkürzungsverzeichnis / Abbildungsverzeichnis	16
Vorwort	17
<b>KAPITEL 1 ALLGEMEINES/GRUNDBEGRIFFE</b>	<b>19</b>
A. Begriff des öffentlichen Dienstes	19
I. Öffentlich-rechtliche Einrichtungen	19
II. Angehörige des öffentlichen Dienstes	20
III. Öffentlicher Dienst im engeren Sinne	21
IV. Unterschiede Beamte und Beschäftigte	22
B. Historische Entwicklung des Beamtentums	24
I. Zeitalter des Absolutismus	24
II. Das 19. Jahrhundert (von der Aufklärung bis zum Kaiserreich)	25
III. Weimarer Zeit	25
IV. NS-Zeit	26
V. Nachkriegszeit	27
C. Rechtliche Grundlagen des Beamtenrechts	28
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	28
1. Institutionelle Garantie des Berufsbeamtentums und Funktionsvorbehalt	29
2. Leistungsgrundsatz (Leistungsprinzip)	32
3. Gleichheitsgrundsatz	34
4. Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums	34
a. Alimentationsprinzip	36
b. Treuepflicht	37
c. Fürsorgepflicht	37
d. Laufbahnprinzip	38
e. Leistungsgrundsatz (Leistungsprinzip)	38
f. Lebenszeitprinzip	38
g. Hauptberuflichkeit	39
h. Prinzip der amtsangemessenen Amtsbezeichnung	40
i. Koalitionsfreiheit und Streikverbot	40
II. Gesetzgebungskompetenzen und Föderalismus	43
III. Das Beamtenstatusgesetz	45
IV. Landesgesetzliche Regelungen	46
V. Das Beamtenrecht in der Rechtsordnung	47
VI. Ausblick auf das europäische Recht	47
D. Öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis (Begriff des Beamten und Wesen des Beamtenverhältnisses)	48
E. Der Amtsbegriff	49
I. Statusrechtlicher Amtsbegriff	49
II. Funktioneller Amtsbegriff	52
1. Abstrakt-funktionelles Amt	52

2. Konkret-funktionelles Amt	52
F. Laufbahn	53
I. Begriff	53
1. Fachrichtungen	54
2. Laufbahngruppen	54
II. Laufbahnbefähigung	56
G. Unterscheidung der Beamten nach Dienstherrn	56
H. Oberste Dienstbehörde/Höherer Dienstvorgesetzter	57
I. Dienstvorgesetzter	58
J. Vorgesetzter	58
<b>KAPITEL 2    DER BEAMTENRECHTLICHE WERDEGANG (ERNENNUNGSRECHT)</b>	<b>61</b>
A. Allgemeines	61
I. Rechtscharakter der Ernennung	61
II. Anspruch auf Ernennung	63
III. Rückernennung	63
IV. Wirkung der Ernennung	64
V. Arten des Beamtenverhältnisses	65
1. Beamtenverhältnis auf Widerruf	65
2. Beamtenverhältnis auf Probe	66
3. Beamtenverhältnis auf Lebenszeit	67
4. Beamtenverhältnis auf Zeit	67
5. Ehrenbeamtenverhältnis	68
6. Doppelbeamtenverhältnis	68
VI. Rückernennung	70
B. Stellenbesetzung	71
I. Stellenausschreibung	71
II. Anforderungsprofil	75
III. Auswahlgrundsätze und Hilfskriterien	78
IV. Auswahlverfahren	79
C. Die Ernennungsfälle im Überblick	81
I. Formelle Ernennungsvoraussetzungen	84
1. Sachliche Zuständigkeit	84
2. Verfahren	86
a. Beteiligungsrechte	86
aa. Beteiligung des Personalrates	86
bb. Andere Beteiligungsrechte	91
(1) Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten	91
(2) Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung	92
b. Aushändigung der Ernennungsurkunde	93
c. Adressat der Ernennung	94
3. Form der Ernennung/Inhalt der Ernennungsurkunde	95
a. Erkennbarkeit der Behörde	95
b. Texterfordernisse	96
aa. Begründung eines Beamtenverhältnisses	96
bb. Umwandlung	96
cc. Beförderung	97

dd.	Rückernennung	97
ee.	Laufbahngruppenwechsel	98
c.	Unterschrift	98
d.	Erforderlichkeit des Ernennungsbegriffs	98
e.	Hinreichende Bestimmtheit des Regelungsadressaten	99
f.	Muster für Ernennungsurkunden	99
aa.	Allgemeines	99
bb.	Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf	99
cc.	Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe	99
dd.	Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Zeit/Verlängerung	100
ee.	Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit	100
ff.	Einstellung in das Ehrenbeamtenverhältnis	100
gg.	Umwandlung	101
hh.	Beförderung/Rückernennung	101
ii.	Laufbahnwechsel	101
jj.	Verleihung eines anderen Amtes mit anderem Endgrundgehalt unter Beibehaltung der Amtsbezeichnung	101
kk.	Verleihung eines anderen Amtes mit gleicher Amtsbezeichnung und Gewährung einer Amtszulage	102
ll.	Verleihung eines anderen Amtes mit anderem Endgrundgehalt und Gewährung einer Amtszulage	102
mm.	Verleihung eines Amtes mit leitender Funktion unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe	102
nn.	Verleihung eines Amtes mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit	103
II.	Materielle Ernennungsvoraussetzungen	103
1.	Sachliche Ernennungsvoraussetzungen	103
a.	Dienstherrnfähigkeit	103
b.	Hoheitsrechtliche Aufgaben	104
c.	Exkurs: Haushaltsrechtliche Voraussetzungen	105
2.	Persönliche Ernennungsvoraussetzungen	108
a.	Voraussetzungen für alle Ernennungsfälle	108
aa.	Bestenauslese	109
(1)	Eignung	110
(2)	Befähigung	113
(3)	Fachliche Leistung	113
bb.	Benachteiligungsverbote	115
(1)	Geschlecht	116
(2)	Behinderung	116
(3)	Religion oder Weltanschauung	116
(4)	Politische Anschauung	117
b.	Voraussetzungen bei der Begründung eines Beamtenverhältnisses	117
aa.	Staatsangehörigkeit	117
bb.	Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung	120
cc.	Befähigung nach Landesrecht	121
(1)	Bildungsvoraussetzungen bei der Einstellung ins Beamtenverhältnis auf Widerruf	121

(2) Vorliegen der Laufbahnbefähigung bei der Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Probe	124
(a) Laufbahnbefähigung für das erste Einstiegsamt der Laufbahngruppe 1	124
(b) Laufbahnbefähigung für das zweite Einstiegsamt der Laufbahngruppe 1	124
(c) Laufbahnbefähigung für eine Laufbahn der Laufbahngruppe 2	126
(d) Anderer Bewerber	130
dd. Höchstalter	131
ee. Einstellung im Einstiegsamt (einschl. Ausnahmeregelungen)	133
c. Sonstige Voraussetzungen bei der Ernennung auf Lebenszeit	135
aa. Absolvieren der beamtenrechtlichen Probezeit	135
(1) Begriff	136
(2) Dauer	136
(a) Regeldauer	136
(b) Anrechnungsmöglichkeiten	139
(c) Verlängerungsmöglichkeiten	141
bb. Feststellung der Bewährung	142
d. Sonstige Voraussetzungen bei der Beförderung	143
aa. Erprobungszeit	143
bb. Wartezeiten	145
cc. Verbot der Sprungbeförderung	146
dd. Besondere fakultative Beförderungsvoraussetzungen	147
(1) Wahrnehmung von Ämtern mit Führungsverantwortung	147
(2) Beförderungsvoraussetzungen A 7/A 14	148
(3) Beförderung zum Ausgleich von Verzögerungen des beruflichen Werdegangs	150
e. Laufbahnwechsel	152
aa. Regelaufstieg (Vertikaler Laufbahnwechsel)	153
bb. Praxisaufstieg (Vertikaler Laufbahnwechsel)	154
cc. Horizontaler Laufbahnwechsel	156
III. Ernennungsfehler und deren Rechtsfolgen	157
1. Nichtigkeit	158
2. Rücknahme	162
3. Nicht (Schein-)Ernennung/Nichtakt	166
IV. Wirksamwerden von Ernennungen	167
V. Sonderfall des Politischen Beamten	169
<b>KAPITEL 3 DER BEAMTE INNERHALB DES BINNENSYSTEMS VERWALTUNG</b>	<b>171</b>
A. Wechsel des Dienstherrn bzw. Wechsel des Dienstpostens	171
I. Umsetzung	172
II. Versetzung	174
III. Abordnung	178
IV. Zuweisung	180
B. Rechte	182
I. Geltung der Grundrechte im Beamtenverhältnis	182

II.	Nichtvermögenswerte Rechte	184
1.	Recht auf Ausübung einer Nebentätigkeit	185
a.	Die gesetzliche Ausgangslage	185
b.	Der Anwendungsbereich des Nebentätigkeitsrechts	186
c.	Der Nebentätigkeitsbegriff	186
d.	Anzeigefreie Nebentätigkeiten	187
e.	Anzeigepflicht	187
f.	Untersagung von Nebentätigkeiten	188
aa.	Untersagungsgründe des § 73 Abs. 1 S. 2 Nrn. 1 bis 6 NBG	188
bb.	Untersagung wegen Verletzung der Anzeige- und Mitwirkungspflicht	191
cc.	Untersagungsverfahren	192
2.	Teilzeit	192
a.	Voraussetzungslose Teilzeit	192
b.	Teilzeit und Urlaub aus familiären Gründen	195
c.	Altersteilzeit	196
d.	Rechtsfolgen der Teilzeitbeschäftigung	197
3.	Mutterschutz und Elternzeit	197
4.	Recht auf gewerkschaftliche Betätigung	199
5.	Personalaktenrecht	199
III.	Vermögenswerte Rechte	202
C.	Pflichten	204
I.	Allgemeine Dienstpflichten	205
1.	Neutralitätspflicht	205
2.	Pflicht zum gemeinwohlorientierten Handeln/Uneigennütziges Amtsführung	206
3.	Verfassungstreuepflicht/Politische Treuepflicht	207
4.	Pflicht zur Mäßigung bei politischer Betätigung	210
5.	Pflicht zum vollen persönlichen Einsatz	211
6.	Allgemeine Wohlverhaltenspflicht innerhalb und außerhalb des Dienstes	214
7.	Beratungs-, Unterstützungs- und Gehorsamspflicht	217
8.	Pflicht zum rechtmäßigen Handeln/Remonstrationspflicht	220
II.	Besondere Dienstpflichten	221
1.	Diensteid	221
2.	Verschwiegenheitspflicht	221
3.	Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken	224
4.	Nebentätigkeitsbeschränkungen	227
5.	Weitere Pflichten	227
a.	Einhaltung des Dienstwegs	227
b.	Wohnungswahl	227
c.	Tragen von Dienstkleidung	228
D.	Folgen von Pflichtverletzungen	230
I.	Disziplinarrechtliche Folgen	230
1.	Vorliegen eines Dienstvergehens	231
2.	Grundzüge des Disziplinarverfahrens in Niedersachsen	234
a.	Zuständigkeit	234
b.	Einleitung des Verfahrens	234
c.	Ermittlungen im Disziplinarverfahren	235
d.	Abschlussentscheidung und Maßnahmen	236

e. Bemessung der Disziplinarmaßnahme	237
II. Sonstige dienstrechtliche Folgen	238
1. Verbot der Führung der Dienstgeschäfte gemäß § 39 BeamtStG	239
2. Vorläufige Dienstenthebung gemäß § 38 Abs. 1 NDiszG	241
III. Vermögensrechtliche Folgen	242
1. Haftung nach § 48 BeamtStG	242
2. Verlust der Dienstbezüge	245
IV. Strafrechtliche Folgen	245
<b>KAPITEL 4    BEENDIGUNG DES BEAMTENVERHÄLTNISES</b>	<b>247</b>
A. Entlassung	249
I. Entlassung kraft Gesetzes, § 22 BeamtStG	249
1. Verlust der Staatsangehörigkeit	249
2. Erreichen der Altersgrenze	250
3. Begründung eines öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnisses bei einem anderen Dienstherrn	251
4. Berufung in ein Zeitbeamtenverhältnis bei demselben Dienstherrn	254
5. Bei Beamten auf Widerruf mit Ablegen der den Vorbereitungsdienst abschließenden Prüfung	255
6. Berufung in ein Beamtenverhältnis auf Probe mit leitender Funktion	257
7. Formelle Aspekte	258
II. Entlassung durch Verwaltungsakt	259
1. Verweigerung des Dienstes	259
2. Nichterfüllung der Wartezeit	260
3. Entlassung wegen Dienstunfähigkeit	261
a. Fallkonstellationen bei Dienstunfähigkeit	261
b. Vorliegen der Dienstunfähigkeit	263
4. Auf Antrag des Beamten	263
5. Einstellung nach Erreichen der Altersgrenze	265
6. Verlust der Deutscheigenschaft	266
7. Weitere Entlassungsmöglichkeiten bei Beamten auf Probe	266
a. Entlassung wegen Begehens eines Dienstvergehens	267
b. Nichtbewährung in der Probezeit	269
c. Organisatorische Veränderungen	275
d. Politische Beamte	276
8. Beamte auf Widerruf	276
9. Entlassungsverfahren	279
a. Zuständigkeit	280
b. Verfahren	280
c. Form der Entlassung	281
d. Bestimmtheit	282
e. Frist	282
III. Rechtsfolgen der Entlassung	283
B. Inkompatibilität von Amt und Mandat	283
C. Verlust der Beamtenrechte	284
I. Verlust durch Urteil	284
II. Aberkennung öffentlicher Ämter gemäß § 24 Abs. 1 S. 2, 1. Alt. BeamtStG	286

III.	Verwirkung eines Grundrechts	287
IV.	Beendigungsfolgen und Rechtsschutz	287
D.	Eintritt in den Ruhestand	288
I.	Dauernder Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze, § 25 BeamtStG	289
<b>Exkurs:</b>	Altersgrenzen als Problem der Diskriminierung	290
II.	Dauernder Ruhestand auf Antrag bei Erreichens der Antragsaltersgrenze	291
III.	Einstweiliger Ruhestand	292
1.	Umbildung oder Auflösung von Behörden	292
2.	Politische Beamte	293
IV.	Dauernder Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit	294
1.	Ärztlich nachgewiesene Dienstunfähigkeit	294
2.	Vermutete Dienstunfähigkeit	295
3.	Funktionelle Dienstunfähigkeit	296
4.	Ruhestandsversetzungsverfahren	297
V.	Teilweiser Ruhestand wegen begrenzter Dienstunfähigkeit	298
VI.	Ruhestand des Beamten auf Probe gemäß § 28 Abs. 1 und 2 BeamtStG	298
VII.	Folgen	302
E.	Muster von Urkunden über die Beendigung des Beamtenverhältnisses	303
<b>KAPITEL 5 ÜBERBLICK ÜBER DEN BEAMTENRECHTLICHEN RECHTSSCHUTZ</b>		<b>307</b>
A.	Nichtförmliche (formlose) Rechtsbehelfe (= außergerichtlicher Rechtsschutz)	307
B.	Förmliche Rechtsbehelfe	308
I.	Das Widerspruchsverfahren	308
II.	Klageverfahren	309
ANHANG GESETZESSYNOPSE		311
STICHWORTVERZEICHNIS		357